

Dresdner Volkszeitung

Postfachamt: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: 5401, Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, K.-G., Dresden,
Gebrüder Bernbold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen (z. B. bei Abwesenheit) ist es durch eine schriftliche Mitteilung dem Verlag der Dresdner Volkszeitung zu melden, um die Fortsetzung des Abonnements ohne Unterbrechung zu gewährleisten.

Abonnementpreise einschließlich Frachtkosten mit der täglichen Unter-
haltungskosten (z. B. Wasser, Licht, Heizung, Post und Zeitungs-
lieferung) für ein Jahr: 1,20 M. (Einsendungen an die
Verwaltung: Dresdner Volkszeitung)

Schriftleitung: Weinbergstr. 10, Dresden, Nr. 2621. (Einsen-
dungen nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.)
Verlagsleiter: Weinbergstr. 10, Dresden, Nr. 2621 und 12707.
Verlagszeitung: von 12 bis 1 Uhr bis 3 Uhr nachmittags.

Abonnementpreise: Grundpreis: die 30 mm breite Monatsblätter
zu 20 M., die 30 mm breite Monatsblätter zu 20 M., für auswärtige
Abnehmer 40 M., und 20 M. Familienabonnenten, Stellen- und Wirt-
schaftsblatte 40 M., Kabarett- und Briefblätter 15 M.

Nr. 125

Dresden, Donnerstag den 31. Mai 1928

39. Jahrg.

Frieden, ja! — Aber abrüsten?

Amerikas Vorschlag — ohne Konsequenzen

In den Vereinigten Staaten war am Mittwoch Gedächtnistag für die im Kriege gefallenen Staatsbürger der Union. Präsident Coolidge hat — wie uns aus Washington gemeldet wird — aus diesem Anlaß auf dem Nationalfriedhof von Gettysburg eine Rede gehalten, in der er ausführte, daß der Zug der Zivilisation zweifellos auf den Frieden gerichtet sei.

Friede heißt Anwendung der Vernunft. Friede ist ein Zustand geistiger Verfassung. Materielle Sicherheiten, Befestigungen und Rüstungen sind keine Friedensbürgschaften. Schiedsgerichtsverträge sind das sicherste Mittel zur Erhaltung des Friedens.

In diesem Zusammenhange kam Coolidge auf den Friedenspakt zu sprechen, den Briand im Juni vergangenen Jahres den Vereinigten Staaten anbot, und der durch den Gegenvorschlag der Regierung in Washington zu einem

allgemeinen Antikriegspakt zwischen den großen Nationen der Welt

gemakelt sei. Der Schluß von Coolidges Rede war deshalb besonders bemerkenswert, weil er mit einem Appell an das Gedächtnis der Gefallenen eine ganz besondere Note anschlug. Er sagte:

„Wir scheinen es, daß die größte Ehre, die wir denen tun können, die auf dem Schlachtfeld gefallen sind, darin besteht, daß wir das erste Gelübde ablegen, alle unsere Anstrengungen darauf zu richten, die Wiederkehr eines Krieges zu verhindern. Die Regierung, aus dem Volke und für das Volk, die Lincoln in seiner unvergleichlichen Rede umschrieb, ist eine Regierung des Friedens, nicht des Krieges — und unsere Toten werden nicht umsonst gestorben sein, wenn wir, von ihrem Opfer angefeuert, und mit allen unsern Kräften bemüht, das Vergießen von Menschenblut in der Regelung internationaler Streitigkeiten zu verhindern.“

Die Friedensworte klingen sehr schön. Und sie bleiben bedeutsam, weil sie aus dem Munde des politischen Leiters des mächtigsten Staates der Welt verkündet werden. Sie sollten überall gehört werden. Aber nicht nur gehört sollten sie werden, sondern auch befolgt. Und da sollte Amerika ebenfalls mit gutem Beispiel vorangehen. Es ist nicht im Einklang, schlägt aber jetzt einen allgemeinen Antikriegspakt für die ganze Welt vor. Gut. Wie aber rechtfertigt Amerika sein tolles Verhalten? Seine Einmischung in Nicaragua? „Wir wollen lediglich Frieden stiften, deshalb müssen wir die Mittel dazu haben.“ So hat Coolidge wiederholt erklärt. Er sagt hier lediglich dasselbe, was alle imperialistischen Machthaber zur „Rechtfertigung“ ihrer Kriegsrüstungen und Kriege von jeher erklärt haben. Die Friedensworte des amerikanischen Präsidenten werden erst wirkliche Bedeutung erlangen, wenn Amerika das Ziel der Abrüstung verfolgt und darin mit gutem Beispiel vorangeht. Die Friedensserklärungen verpflichten. Lohnt es

sich über den Ozean zu uns herüber: „Frieden!“, so lautet das Echo hinüber: „Abrüsten!“

Obstruktion gegen die Flottenvermehrung

Washington, 30. Mai. Nach kürzlicher Senatsführung, die durch Obstruktion auf eine Rekordlänge von 30 Stunden gebracht wurde, ist der Kongreß gestern nachmittags in die Ferien gegangen, die bis zum Dezember andauern, wenn der Präsident nicht aus besonderen Gründen eine Extraführung anordnet.

Die Flottenvermehrung über 15 Kreuzer und ein Flugzeugmuttergeschiff wurde bis zum Dezember aufgeschoben, sie wird also erst nach dem wahrscheinlichen Abschluß des Antikriegspaktes erneut verhandelt werden.

Das Aufrüsten Rußlands

Moskau, 30. Mai. Der Revolutionskriegsrat der Roten Armee übernahm weitere 32 Flugzeuge, die aus der Sammlung „Unser Antwort an Chamberlain“ erbeutet wurden. Insgesamt sind aus diesen Mitteln bis jetzt 132 Flugzeuge hergestellt worden.

Die deutschen Kriegsvorbereitungsvorschläge

J. Gens, 30. Mai. (Sig. Draht.)

Das Sicherheitskomitee des Völkerbundes beauftragte auf seiner letzten Tagung den Vertreter Belgiens, der nächsten Sitzung ein Referat über die fünf Kriegsvorbereitungsvorschläge Deutschlands zu erstatten. Dieses Referat liegt nunmehr vor.

Der Belgier urteilt bei aller prinzipiellen Zustimmung skeptisch über die praktische Durchführbarkeit und Wirksamkeit der deutschen Vorschläge. Zum ersten Vorschlag, der die Unterbrechung aller Maßnahmen, die eine Verschärfung eines Staatenkonflikts herbeiführen könnten, bis zur Entscheidung des Völkerbundes vorseht, wünscht der Belgier eine Präzisierung dieser Maßnahmen, da seiner Ansicht nach nur wenige Staaten sich auf eine allgemeine Formel verpflichten würden. Der zweite deutsche Vorschlag verlangt die Unterbrechung der Mobilisierung. Hier wird vom Belgier eine internationale Kontrolle für nötig erachtet. Sehr ausgiebig behandelt der Referent den weiteren Vorschlag, bei schon ausgebrochenen Feindseligkeiten einen Waffenstillstand zu gewähren. Er meint, daß ein Staat mit dem Willen zum Krieg auf diesen Waffenstillstand nicht eingehen würde. Ein solcher Waffenstillstand müßte auch die Zurückziehung der Truppen aus entmilitarisierten Zonen des eignen Landes in sich schließen. Andererseits gebe diese Forderung dem Rat eine Handhabe, den Angriffen und Kriegsvorbereitungen zu erkennen. Sehr fraglich erscheint dem Referenten, ob die von Deutschland geforderte Einstimmigkeit des Rates für diese Sonderfälle gut und nach dem Völkerbündnisvertrag möglich sei. Zum letzten deutschen Vorschlag, den Zeitpunkt für diesen Kriegsvorbereitungsvorschlag allen Staaten offen zu lassen, bemerkt der Belgier, daß hier dieselbe politische Frage wie bei früheren ähnlichen Vorschlägen, z. B. dem Genfer Protokoll, aufstehe; denn nur der Zutritt vieler und wichtiger Staaten könne den Vorschlägen das nötige Gewicht geben. Er weist darauf hin, daß evtl. das Inkrafttreten für bestimmte Staaten Gruppen oder Gebiete ins Auge gefaßt werden könne.

Die deutschen Vorschläge werden wahrscheinlich bei der letzten Tagung des Sicherheitsausschusses Mitte Juli eine lebhafte Debatte auslösen.

Koalitionsfragen

Verpflichtungen, Sicherungen und Bedingungen

In der bürgerlichen Presse mißt sich Herr Schmatz weiter, das Gesicht der kommenden Regierung zu entschleiern. Wir müssen aus Raumgründen darauf verzichten, auf alles das einzugehen, was da erfunden und zusammengelogen wird. Neuerdings wird behauptet, die Sozialdemokratie erhebe keinen Anspruch auf das Amt des Reichsfinanziers, und der offizielle Vordienst des Zentrums schreibt dazu, daß Wahlergebnisse schiebe den Sozialdemokraten „die volle Verantwortung für die kommenden Dinge zu“, darum müsse die Sozialdemokratie in der kommenden Regierung auch die Führung übernehmen. Man wird sich auf der anderen Seite daran gewöhnen müssen, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, irgendwelche Verantwortung zu übernehmen, wenn ihr nicht Garantien geboten werden, daß sie in einer Regierung dem Willen ihrer Wählerschaft entsprechend handeln und praktisch arbeiten kann. Der Glaube daran ist in unseren Reihen vorläufig nicht sehr stark, vor allen Dingen nicht in der sächsischen sozialdemokratischen Presse. Die Leipziger Volkszeitung hat wirtschaftliche und sozialpolitische Forderungen aufgestellt, die als Grundlage der kommenden Regierung dienen müssen, und nimmt eine ähnliche Stellung ein wie wir, d. h. sie macht die Frage unserer etwaigen Regierungsbeteiligung davon abhängig, ob die bürgerlichen Mittelparteien unsere Forderungen als Regierungsplattform anerkennen oder nicht. Im Sächsischen Volksblatt legt Genosse Seydewitz dar, daß die Sozialdemokratie auch in der Opposition dem Bürgertum die Zugeständnisse abtrotzen könne, die uns in einer Koalition gemacht würden, und entwickelt ebenfalls die Forderungen, die für die Sozialdemokratie als Regierungsprogramm unerlässlich wären. In der Chemnitzer Volksstimme wendet sich Genosse Böchel gegen den Glauben, die Sozialdemokratie könne heute schon in einer Großen Koalition den Willen der Wählerschaft ausführen, und erachtet die weitere Oppositionsstellung für die SPD. als das Richtige, da so die Möglichkeit bestehe, daß kommende Wahlen uns eine proletarische Reichstagsmehrheit bringen. Aber auch er lehnt den Eintritt in eine Koalitionsregierung nicht unter allen Umständen ab, sondern fordert die Entscheidung durch einen Parteitag und schreibt zum Schluß:

Trotzdem kann man die Koalition mit Teilen des Bürgertums, deren Anhängererschaft im wesentlichen aus Proletariatsparteien besteht, nicht grundsätzlich ablehnen. Aber in dieser Koalition müssen stets die im Interesse des Proletariats stehenden Probleme so scharf herausgearbeitet werden, daß sie dauernd sichtbar sind und ihre aufpeitschende Wirkung auf die Anhänger dieser Partei ausüben.

Für die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie haben sich einige im Vordergrund stehende Genossen in der Parteipresse ausgesprochen. So Sollmann und Severtin. In seiner Nummer vom 27. Mai eröffnet auch der Vorwärts die Frage in einem Leitartikel unter der Überschrift: „Der Sieg verpflichtet.“ Er setzt sich für eine Regierungsbeteiligung ein und schreibt:

„In endlosen Verhandlungen über Richtlinien, Funktionen, Sicherungen, Garantien, Farbungen und Gegenleistungen, an Ministerien, die besetzt sind und alsbald wieder bröckeln werden, an „Krisen in der Krise“ und „Krisen im Krisis“ hat außer den Schabensrohen niemand ein Interesse. Auf großartige Versprechungen, von denen man nicht weiß, ob sie gehalten werden, wird im Lande draußen verzichtet. Jedermann weiß, wie die Dinge heute liegen, muß eine Regierung gebildet werden, die aus sehr verschiedenenartigen Teilen zusammengesetzt ist und in der es nicht immer leicht sein wird, einen Ausgleich zwischen den einander widersprechenden Anschauungen zu finden. Ob der Versuch gelingt oder ob er mißlingt, wird vor allem von den Persönlichkeiten abhängen, die die neue Regierung bilden werden. Sie allein können den Parteien dauernde Garantien dafür bieten, daß sie mit der Weltmacht ihrer Ansichten im neuen Kabinett nicht zu kurz kommen werden. Durch die Wahl der richtigen Personen wird mehr erreicht als durch wochenlanges Verhandeln.“

Es war vorauszu sehen, daß der Vorwärts sich ziemlich koalitionsfreundlich zeigen würde. Aber er macht es den Gegnern doch etwas zu bequem. Er will auf Sicherungen und Garantien verzichten, und die „Persönlichkeiten“ sollen die Gewähr für das Programm bieten. Wir legen gewiß auch Wert darauf, daß die Männer, die wir in die Regierung schicken, durch ihre Persönlichkeit für bestimmte programm-

Der absterbende Liberalismus

SPD. Nur in zwei von fünfundsiebzig Wahlkreisen ist es den Demokraten am 30. Mai gelungen, einen — allerdings sehr geringfügigen — Stimmenzuwachs zu erzielen. Somit ist in ganz Deutschland ein demokratischer Wählererschwind und zu verzeichnen, der in den meisten Fällen starke Formen und in einigen Fällen sogar katastrophalen Umfang angenommen hat. Die demokratische Partei hat genau wie das Zentrum und wie die Deutsche Volkspartei sieben Mandate, also rund 400 000 Stimmen, in den letzten vier Jahren eingebüßt. Ein solcher Verlust ist natürlich viel empfindlicher und gefährlicher für eine Partei, die 88 Mandate im letzten Reichstag zählte, als für eine Partei, die 69 oder 60 Mandate verlor.

Wir stehen damit einer Erscheinung gegenüber, die sich nicht auf Deutschland beschränkt, sondern internationalen Charakter trägt: der bürgerliche Liberalismus ist zum Absterben verurteilt. Er wird zwischen den beiden Rückstufen der sozialistischen Arbeiterbewegung und des reaktionären Kapitalismus unauffällig zerrieben. Sein Schicksal ist überdies, das daß der Weltgeschichte läßt sich nicht nach rückwärts drehen. Auch jene, die von einer Wiederkehr des Liberalismus in England träumen, geben sich Illusionen hin, was auch die Partei Lloyd Georges zur Zeit einige Erfolge bei Radikalen feiern; dabei handelt es sich um eine nur um ein vorübergehendes Aufblühen. In England ist die Liberale Partei ebenfalls nur eine Übergangspartikel von enttäuschten konservativen Wählern zur Arbeiterpartei.

Ebenso wenig ist das Beispiel der Radikalen in Frankreich, die sich bei den Neuwahlen im April gut behauptet haben, schlagend; denn die französischen Radikalen sind in der Hauptsache eine Partei. In den Städten verlieren sie an Bedeutung mit jeder neuen Wahl. Ihre bisherigen Anhänger

gehen scharenweise — übrigens auch auf dem flachen Lande — zur sozialistischen Arbeiterbewegung über.

Man muß daher mit einem allmählichen Verschwinden der bürgerlichen Demokraten als mit einer Tatsache rechnen. In Deutschland haben es die Demokraten besonders schwer, viel schwerer namentlich als in Frankreich und England, weil es bei uns eine besonders stark organisierte sozialistische Arbeiterbewegung gibt. Der Krieg hat dem bürgerlichen Mittelstand einen tödlichen Stoß verleiht. Für den bürgerlichen Liberalismus ist soziologisch betrachtet kein Platz mehr unter der Sonne. Der Mittelstand versucht dennoch Kompromisse, seine Stellung zu behaupten, und glaubt zum Teil seine Zukunft in der Wirtschaftspartei zu finden, die ohne politische Ideen für rein materielle Interessen zu kämpfen vorgibt. Schon hat die Wirtschaftspartei die Demokraten an Stärke nahezu erreicht, aber auch die Wirtschaftspartei wird die Proletarisierung des Mittelstandes nicht aufhalten können.

Politisch betrachtet kann die demokratische Partei noch eine Rolle spielen, besonders in Deutschland, wo die Bildung einer reinen Arbeiterregierung zur Zeit noch nicht möglich ist. Aber sind die Demokraten dieser Aufgabe gewachsen? Die letzten vier Jahre gestalten leider nicht, diese Frage zu bejahen. Die Position der Demokraten gegen die Arbeiterpartei war nicht aufzulockern und nicht einseitig. Wir erinnern nur an die jahrelange Kolonialisierung Ostpreußens, wie wir erinnern an die klägliche Rolle von Frau Gertrud Wäumer und von Dr. Heiß zum Schand und Schmachgesetz; wir erinnern an die völlig passive Beteiligung der Demokraten Schöffens und Thüringens an den dortigen Bürgerblockierungen.

Dies und noch andere Dinge sind an der demokratischen Wählerschaft nicht spurlos vorübergegangen und haben den ganzen Nutzen, den die demokratische Partei aus ihrer Oppo-

sitionsstellung gegen das Bürgerblockbündnis im Reich ziehen konnte, wieder aufgehoben. Die wenigen Arbeiter und Angehörigen aus den fünfzig-Dunderschen Verbänden und dem DWA, die noch den Demokraten die Treue hielten, wenden sich langsam von ihnen ab und verstärken die Reihen der Sozialdemokratie. Die Demokraten stützen sich nur noch auf dem Lande auf einige aufgelöste Teile der Bauernschaft — soweit diese nicht die Reihen der neugegründeten Deutschen Bauernpartei verstärken — und in den Städten auf republikanische Beamte und auf einen Teil der Kaufmannschaft, besonders der israelitischen. Aber selbst diese Kreise sehen immer mehr ein, daß sie in der Sozialdemokratie einen viel stärkeren Rückhalt finden. Sogar die einzige Großmacht über die die Demokraten noch verfügen, die großstädtischen Presseorgane, haben die demokratische Wahlstrategie in ihrem unmittelbaren Wirkungsbereich nicht aufhalten können: siehe Berlin, Köln, Frankfurt.